

Zwangsferien – unpopulär, aber effizient

SPARMASSNAHME Der Kanton Luzern will alle Mittel- und Berufsschüler eine Woche länger in die Ferien schicken. In St. Gallen wurden mit dieser Massnahme bereits Anfang Jahr fast 3 Millionen Franken eingespart. Begeistert sind die Ostschweizer trotzdem nicht.

DANIEL SCHRIEBER
daniel.schriber@zentralschweizamsonntag.ch

Eine Woche länger Ferien! Die geplante Sparmassnahme des Kantons dürfte manch einem Schüler ein freudiges Lächeln ins Gesicht zaubern – ansonsten aber löst die Ankündigung des Kantons zur Wochenmitte wenig Begeisterung aus. «Eine diskutabile Idee», sagte SVP-Kantonsrat Guido Müller gestern gegenüber unserer Zeitung – mehr Begeisterung liegt nicht drin. Umso grösser ist dafür die Empörung über die Idee der Regierung: Die Massnahme sei «unverständlich und inakzeptabel», liess sich Remo Herbst, Präsident des Verbands Luzerner Mittelschullehrer (vlm) von unserer Zeitung zitieren – und SP-Fratkonspräsidentin Silvana Beeler Gehrer zeigt sich gar «schockiert» über die Ankündigung.

«Reaktionen fielen harsch aus»

Wenig überrascht über die Entrüstung zeigt sich Ruedi Giezendanner, Leiter Amt für Berufsbildung des Kantons St. Gallen. Als Vertreter des St. Galler Bildungsdepartements musste er sich vor

einigen Monaten dieselben Vorwürfe anhören wie die Luzerner Regierung in diesen Tagen. Genau wie Luzern kämpft aber auch der Kanton St. Gallen mit schwierigen finanziellen Verhältnissen. Im Rahmen eines grossen Sparpaketes hat sich der St. Galler Kantonsrat im Frühjahr 2012 ebenfalls dazu entschieden, auf Kosten der Berufsfachschulen Millionen zu sparen. «Die Reaktionen fielen auch bei uns harsch aus», so Giezendanner. Im Unterschied zu Luzern schloss der Kanton St. Gallen keine Mittelschulen, aber sämtliche Berufsfachschulen für eine Woche.

3 Millionen eingespart

Die betroffenen Schulen konnten selbst entscheiden, zu welchem Zeitpunkt sie ihren Betrieb einstellen wollten – die meisten taten es laut Giezendanner vor oder nach den Sportferien beziehungsweise vor oder nach den Frühlingferien. Heute, mehr als ein halbes Jahr nach der unpopulären Massnahme, sagt Giezendanner: «Die Rechnung ist aufgegangen.» Die St. Galler Kantonskasse wurde dank den verordneten Zwangsferien um fast 3 Millionen

Lehrerverband wittert Fall für die Gerichte

RECHTLICHES ds. Die Gegner der Zwangsferien bezweifeln, dass die Massnahme überhaupt rechtens ist. Der Verband der Luzerner Mittelschullehrer (VLM) liess deshalb von dem Luzerner Rechtsanwalt Hans-Ulrich Stooss ein entsprechendes juristisches Kurzgutachten erstellen. Dieses gelangt zum Schluss, dass unbezahlte Zwangsferien für eine bestimmte Kategorie von Kantonsangestellten – in diesem Fall der betroffenen Lehrer – den bundesrechtlichen Verfassungsgrundsatz der rechtsgleichen Behandlung verletzen könnte.

Ist der Gang vor Gericht zwingend?

Der VLM ist überzeugt, dass mit den

Zwangsferien der Grundsatz der Rechtsgleichheit verletzt wird. VLM-Vertrauensanwalt Stooss will sich jedoch nicht zu weit auf die Äste rauswagen. Auf Anfrage erklärt er, dass eben diese Frage nun vertieft geprüft werden müsse. Stooss kann sich durchaus vorstellen, dass der Fall dereinst auch von einem Gericht verhandelt werden könnte. «Der VLM überlegt sich jedenfalls ernsthaft, juristische Schritte zu ergreifen», so der Luzerner Anwalt. Als Personalverband sei der Gang zum Gericht möglicherweise zwingend, biete sich doch im Kanton Luzern die Möglichkeit, eine umstrittene Norm durch das Kantonsgericht abstrakt, das heisst losgelöst von einem

konkreten Einzelfall, auf die Verfassungsmässigkeit prüfen zu lassen. Ein solches Verfahren erscheine ebenso legitim wie das Bestreben des Kantons, Einsparungen zu erzielen, so Stooss.

Am Bürger vorbeipolitisiert

Auch für Hans-Ulrich Stooss hat der aktuelle Fall nicht nur eine juristische, sondern auch eine politische Dimension. «Es stellt sich die Frage, was wir überhaupt für einen Staat wollen. Einen, der seine unterschiedlichen Aufgaben voll wahrnimmt – oder einen, bei dem es zunehmend darum geht, möglichst viel Geld einzusparen. Möglicherweise wird hier am Bürger vorbeipolitisiert.»

Franken entlastet. Auch hätte kaum ein Lehrer auf sein Einkommen verzichten müssen, wie Giezendanner sagt. «Die meisten konnten die Zwangsferien durch den Abbau angestauter Überstunden kompensieren.» Das dadurch schrumpfende Lektionsguthaben wirkte sich positiv auf die Kantonsfinanzen aus. «Nur wenige Lehrer erhielten tatsächlich weniger Lohn», so Giezendanner. Er betont zudem, dass trotz der fehlenden Unterrichtswoche die Erfüllung des Bildungsauftrags im Kanton nie gefährdet war. In Luzern befürchten manche ge-

nau dies. Als Antwort auf einen kantonsrätlichen Vorstoss zu diesem Thema antwortete der Kanton St. Gallen: «Die Regierung geht nicht davon aus, dass das Erreichen der Bildungsziele in den einzelnen Berufen aufgrund der – über die ganze Lehrzeit bemessenen – geringfügigen Kürzungen der Unterrichtsdauer in Frage gestellt wird.» Auch mit einem Imageverlust für die Berufsbildung rechnet die St. Galler Regierung nicht.

Trotz aller Beschwichtigung: Begeistert über die aussergewöhnliche Spar-

massnahme ist auch der St. Galler Berufsbildungschef keineswegs.

Skepsis bleibt trotz Sparerfolg

Giezendanner spricht von einer einmaligen Aktion, die kaum wiederholt werde. Von einer Massnahme, «die einem bei normalen finanziellen Verhältnissen niemals in den Sinn käme». Auch die Kritik der Lehrer, Politiker und Bürger kann Giezendanner nachvollziehen. «Letztendlich war auch bei uns niemand begeistert von der Idee an sich – es ging einzig und allein darum, Geld zu sparen.»

Zwangsferien: Ist das eine sinnvolle Sparmassnahme?

LUZERN Der Kanton will seine Berufs- und Mittelschüler für eine Woche in die Zwangsferien schicken. Die Sparidee sorgt für hitzige Debatten.

Not macht erfinderisch. Geleitet von dieser Volkswisheit, hat sich der Regierungsrat an die Arbeit gemacht, um alle Departemente nach Sparpotenzial zu durchforsten. Um diese Sparbeiträge dann auch durchs Parlament zu bringen, wurde versucht, ein möglichst ausgewogenes Paket zu schnüren. Damit rein regionalpolitische Überlegungen diese Sparvorschläge nicht verunmöglichen, werden auch Massnahmen vorgeschlagen, die auf den ersten



Guido Müller,
SVP-Kantonsrat,
Ebikon

Kriterien und ist daher zu unterstützen:

Er nimmt den Lehrern nichts weg, sondern es werden nur geleistete Überstunden kompensiert statt ausbezahlt. Der Schulstoff kann, auf die restlichen Wochen verteilt, trotzdem vermittelt werden. Auch den Schülern wird nichts weggenommen. Die schulfreie Woche dürfte sogar bei vielen noch Freude auslösen. Diese Massnahme wirkt flächendeckend über den gesamten Kanton und kann nicht mit regionalpolitischen Interessen verhindert werden.

Auch der Kanton St. Gallen hatte sich eine solche Sparmassnahme verordnet, fand dann aber die Kompromisslösung, statt Zwangsferien zu verordnen, einen Vierzigstel seiner Lektionen zu streichen, was einer Schulwoche entspricht und den gleichen Spareffekt erreichte. Diese Massnahme wurde in dieser Art umgesetzt und auch von den Lehrpersonen als einmalige Sparmassnahme mitgetragen, was auch im Kanton Luzern möglich sein sollte.

Ein Kanti-Schüler von heute erlebt bis zur Matura rund 1400 Stunden weniger Unterricht als noch vor 15 Jahren. Trotzdem sind Bildungsauftrag und Leistungserwartungen an die Mittelschülerinnen und Mittelschüler deutlich erhöht worden. Mit dem geplanten Lektionsabbau der Wochenstundentafel und der einwöchigen Zwangsschliessung fehlen nun weitere 500 Lektionen Unterrichtszeit, was die Qualität der Ausbildung zunehmend in Frage



Remo Herbst,
Präsident Verbar
Luzerner Mittelschüler
und Mittelschullehrerinnen

oberflächlichen Aktionismus kommt.

Doch genau Zeit und Wertschätzung werden durch die Zwangsschliessung ad absurdum geführt. Scheinbar ist die geleistete Arbeit während einer Schulwoche so wertlos, dass man sie jederzeit ersetzen kann. Diese Haltung ist nicht nur für die Berufsauffassung Lehrpersonen, sondern auch für die Motivation und die Einstellung der Schülerinnen und Schüler ein katastrophales Zeichen.

Eigentlich dürften auch die zürcher Finanzstrategen Schulschliessungen niemals zustimmen. So negativen Bildungsmassnahmen haben schweizweit Ausstrahlung und werden steuerkräftige Familien oder bildungsfreundliche Unternehmen wohl kaum in den Kanton Luzern führen - somit ein doppelt so hohes Eigenziel für eine budgetrelevante Einsparung von 0,1 Prozent.

Minireise: Mehr zum Thema lesen Sie Seite 13.

PRO

Blick nicht umsetzbar erscheinen. So schlägt das Bildungsdepartement vor, die Gymnasien und Berufsschulen für eine Woche zu schliessen, um damit Überstunden abzubauen, statt diese mit einem Zuschlag auszus zahlen.

Das ist grundsätzlich eine diskutierbare Idee, wenn dadurch als reine Notmassnahme in den Jahren 2014 und 2015 jeweils 4 Millionen an Lohnkosten gespart werden. Dies natürlich unter der Prämisse, dass die Qualität des Lernangebots gleich bleibt und die Schüler die gesteckten Lernziele trotzdem erreichen. Dieser Vorschlag erfüllt folgende

CONTRA

stellt und den Druck insbesondere auf schwächere Schülerinnen und Schüler weiter erhöht.

Verantwortungsvoller Umgang mit Bildung als wichtigster Ressource der Schweiz sieht definitiv anders aus. Bildung von heute ist mehr als nur die Vermittlung von Patchworkwissen und -kompetenzen, bei welcher nur der messbare Output zählt. Bildung ist am pädagogischen und fachwissenschaftlichen Input orientiert, der im Unterricht stattfindet und Denkstrategien, Wissenstiefe und Persönlichkeitsbildung erlaubt. Gute Bildung braucht Zeit und Wertschätzung, damit sie nicht zum